Wirtschaftsethische Stellungnahme zum Oxfam-Skandal



erschienen als:
Diskussionspapier Nr. 2018-04 des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, hrsg. von Ingo Pies, Halle 2018

Kurzfassung

Dieser Kurzartikel formuliert eine wirtschaftsethische Stellungnahme zum jüngsten Oxfam-Skandal. Wir schlagen vor, zwischen der Organisationsverantwortung von Oxfam und der privaten Verantwortung einzelner Oxfam-Mitarbeiter zu unterscheiden und diskutieren Maßnahmen kollektiver Selbstregulierung, die geeignet sind, das Vertrauen in zivilgesellschaftliche Organisationen sowie in den zivilgesellschaftlichen Sektor insgesamt nachhaltig zu stärken.

Wirtschaftsethische Stellungnahme zum Oxfam-Skandal

Der Sex-Skandal bei Oxfam hat international heftige Reaktionen ausgelöst. Das Spektrum reicht von Schadenfreude bis Entsetzen. Manche empfinden Genugtuung darüber, dass die gern auf dem hohen Ross daherkommenden Gutmenschen gelegentlich vom Pferd fallen. Andere sind konsterniert, dass eine so namhafte Organisation nicht nur in ihrem Ruf, sondern auch in ihrer Arbeit beeinträchtigt wird, und zwar aus der Sorge heraus, dass Oxfam in naher Zukunft Ressourcen fehlen könnten, um das bisherige Tätigkeitsniveau aufrechtzuerhalten. Aber quer über das gesamte Spektrum herrscht Einigkeit, dass die Verantwortung von Oxfam auf den Prüfstand gehört. Und genau dazu möchten wir als Wirtschaftsethiker differenzierend Stellung nehmen.

Um das Problem zu strukturieren, schlagen wir vor, zwischen der Organisationsverantwortung von Oxfam und der privaten Verantwortung von Oxfam-Mitarbeitern zu unterscheiden. Wenn Oxfam-Mitarbeiter Ressourcen ihrer Organisation - etwa Arbeitszeit, Geld, Hilfsleistungen usw. - missbräuchlich eingesetzt haben, um kriminelle Aktivitäten durchzuführen (und wenn Oxfam darauf nicht angemessen reagiert hat), dann gilt es, primär die Frage nach der Organisationsverantwortung zu stellen. Wenn hingegen Oxfam-Mitarbeiter ihre eigenen privaten Ressourcen eingesetzt haben, um im Rahmen des jeweils geltenden Rechts legale Handlungen durchzuführen, die möglicherweise moralisch fragwürdig sind (und wenn Oxfam darauf nicht angemessen reagiert hat), dann gilt es, primär die Frage nach der privaten Verantwortung einzelner Individuen zu stellen.

Die öffentliche Diskussion ist bislang ganz anders gelaufen. Nachdem bekannt wurde, dass (z.T. ehemaligen) Oxfam-Mitarbeitern vorgeworfen wird, in Haiti, im Tschad, aber auch in Großbritannien selbst in Sex-Skandale involviert gewesen zu sein, entbrannte

sofort ein Streit um Budgets für Entwicklungszusammenarbeit. Hier bildeten sich schnell zwei Lager heraus. Das eine Lager vertrat die Meinung, dass die an Oxfam gerichteten Vorwürfe auf gesetzliche und moralische Grenzüberschreitungen schließen lassen und dass deshalb staatliche Zuschüsse und private Spenden an diese zivilgesellschaftliche Organisation zurückgefahren werden sollten. Es müsse halt Konsequenzen haben, wenn eine Organisation die hohen Standards, die sie von anderen einfordert, selbst nicht einhält. Demgegenüber vertrat das andere Lager die gegenteilige Meinung. Hier war man bemüht, den zivilgesellschaftlichen Sektor - also nicht nur Oxfam, sondern auch andere gemeinnützige Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit - vor Kritik in Schutz zu nehmen. Deshalb wurde argumentiert, ein etwaiges Fehlverhalten einzelner Oxfam-Mitarbeiter sei kein Grund, das Aktivitätsniveau an Hilfeleistungen zurückzufahren und so den Bedürftigen zu schaden. Unserer Auffassung nach verpassen allerdings beide Lager - so überzeugend sie auch jeweils auftreten mögen - die Option, einen gesellschaftlichen Lernprozess anzustoßen, der den zivilgesellschaftlichen Sektor weit über den konkreten Einzelfall hinaus nach vorn entwickelt.

Die genaue Faktenlage ist immer noch nicht ganz klar. Aber es zeichnet sich ab, dass Oxfam mit unterschiedlichen Vorwürfen konfrontiert ist: Kindesmissbrauch in Oxfam-Shops in Großbritannien; Sex-Partys im Tschad und Prostitution in Haiti (wo Prostitution illegal ist). Ferner geht es um den Vorwurf, dass Oxfam als Organisation auf frühzeitige Warnzeichen nicht angemessen reagiert hat. Manche Vorfälle sind so beschaffen, dass Oxfam-Mitarbeiter ihre leitende Stellung ausgenutzt haben sollen, um von Angestellten während der Arbeitszeit sexuelle Gefälligkeiten einzufordern. Andere Vorfälle sind anders gelagert. Beispielsweise sollen Oxfam-Mitarbeiter akute Notsituationen in Entwicklungsländern ausgenutzt haben, um von notleidenden Frauen (möglicherweise minderjährigen Frauen) sexuelle Gefälligkeiten erpresst oder gegen unfaire Preise (für buchstäblich ein Butterbrot) "eingekauft" zu haben. Es gibt auch Vorfälle, wo Oxfam-Mitarbeitern vorgeworfen wird, sich in Oxfam-Büros mit Prostituierten getroffen zu haben.[1

Angesichts dieser Gemengelage ist es entscheidend, zwischen der privaten Verantwortung einzelner Oxfam-Mitarbeiter und der Organisationsverantwortung von Oxfam zu unterscheiden. Auch wenn derzeit noch nicht alle Faktenfragen eindeutig geklärt sind, sieht es doch so aus, dass einzelne Oxfam-Mitarbeiter in gravierender Weise gegen Verhaltensstandards verstoßen haben, die innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors allgemein anerkannt sind. Die Vorfälle müssen aufgeklärt werden, und dann sind die betroffenen Mitarbeiter zur Verantwortung zu ziehen. Interessanter - weil weitreichender - ist es jedoch, die Frage nach der Verantwortung von Oxfam zu stellen. Wenn die Vorwürfe zutreffen, dann haben wir es mit einem gravierenden moralischen Missstand zu tun, und zwar sowohl für die betroffene Organisation als auch für den zivilgesellschaftlichen Sektor insgesamt, weil hier der Anspruch verletzt wurde, sich der Anliegen der Schwachen, Verletzlichen und Hilfsbedürftigen vikarisch anzunehmen.

Wie lässt sich dieser moralische Missstand nachhaltig korrigieren? Natürlich muss Oxfam jetzt die Fakten auf den Tisch legen, volle Transparenz herstellen und mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Aber auch jenseits dieser Selbstverständlichkeiten gibt es Maßnahmen, die ergriffen werden können, um verloren gegangenes Vertrauen - Organisationsvertrauen und Systemvertrauen - wiederherzustellen. Wir wollen auf zwei Maßnahmen für funktionale Lernprozesse hinweisen. Solche Lernprozesse sind um so wichtiger, als mittlerweile auch andere Flaggschiffe des zivilgesellschaftlichen Sektors - namentlich Ärzte ohne Grenzen und das Rote Kreuz - von ähnlichen Skandalen ereilt worden sind.

Erstens gibt es Initiativen, die die Verantwortung zivilgesellschaftlicher Organisationen systematisch zu stärken versuchen. Die derzeit wichtigste Initiative heißt "Accountable Now!". Sie setzt globale Standards für zivilgesellschaftliche Rechenschaftspflichten. [2 Hier ist Oxfam sogar Gründungsmitglied. Wenn sich die Vorwürfe bewahrheiten, hat Oxfam gegen mehrere Selbstverpflichtungen verstoßen. Dies betrifft die Bereiche "Rechte von Frauen und Gleichbehandlung der Geschlechter", "Grundsätze für hauptamtliche und ehrenamtliche Arbeit", "Sensible Entscheidungsfindung" und "verantwortungsvolles Führungsverhalten". Oxfam und der zivilgesellschaftliche Sektor insgesamt wären aus unserer Sicht gut beraten, den konkreten Skandal zu nutzen, um die Prozessregeln zu stärken, die zur Einhaltung der hohen Standards erforderlich sind. Dies betrifft das Monitoring ebenso wie routinemäßige Soll-Ist-Abgleiche, aber auch Sanktionen, die man sich als Sektor selbst auferlegt. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen könnten "Accountable Now!" mit dem Mandat ausstatten, öffentlich für Mitgliedsunternehmen zu sprechen. Diese Initiative könnte dann dazu beitragen, die öffentliche Diskussion differenzierter zu führen, etwa indem sie darauf verweist, dass der konkrete Skandal nicht auf einen moralischen Niedergang des zivilgesellschaftlichen Sektors hindeutet, sondern ganz im Gegenteil Zeugnis davon ablegt, dass das zivilgesellschaftliche Bemühen um Verantwortung bereits Früchte trägt. Schließlich ist es so, dass die mediale Skandalberichterstattung über Oxfam gar nicht möglich gewesen wäre,

wenn innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors nicht schon seit Jahren ernsthaft versucht worden wäre, eine professionelle Berichterstattung aufzuziehen.

Zweitens wären die Organisationen des zivilgesellschaftlichen Sektors aus unserer Sicht gut beraten, sich selbst mit ihren Zielen und ihren Maßnahmen zur Zielerreichung realistischer darzustellen. Die übertriebene eigene moralische Aufwertung - und damit eng verbunden: die übertriebene moralische Abwertung anderer, zuvörderst des Staates und der Unternehmen - bekommt dem Sektor auf Dauer nicht gut. Wenn Ideal und Wirklichkeit zu weit auseinanderfallen, sind Rückschläge und Imageschäden vorprogrammiert. Zahlreiche fundiert recherchierte Fallstudien belegen, dass der zivilgesellschaftliche Sektor - trotz idyllischer Selbstbeschreibungen - mit den gleichen Problemen zu kämpfen hat, die man auch aus Staat und Wirtschaft kennt.[3 In allen drei Sektoren hat man es mit Menschen zu tun. Und Irren ist nun einmal menschlich. So kommt es zu Fehleinschätzungen und Fehlverhalten. Deshalb müssen Organisationen Regeln aufstellen (und durchsetzen), die die Wahrscheinlichkeit für Fehlurteile und Fehlverhalten verringern. Gerade in dieser wichtigen Hinsicht kann der zivilgesellschaftliche Sektor keine Ausnahmestellung beanspruchen. Hier gibt es einen deutlichen Bedarf, das eigene Selbstbild zu korrigieren. Dann wird der Blick frei für die Option, dass eine kollektive Selbst-Regulierung der Zivilgesellschaft - mit sanktionsbewehrten Selbst-Verpflichtungen - möglich und nötig ist, um die hohen selbst gesteckten Erwartungen erfüllen zu können. Richtig verstanden, sind kollektive Bindungs-Arrangements keine Einbuße an Freiheit, sondern eine kluge Investition der zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihre Glaubwürdigkeit und Autonomie.[4

Fußnoten

[1 https://blogs.spectator.co.uk/2018/02/full-transcript-helen-evans-channel-4-interview-on-the-oxfam-scandal/

[2 https://accountablenow.org/future-accountability/global-standard/

[3 Vgl. Gibelman, M., & Gelman, S. R. (2001). Very public scandals: Nongovernmental organizations in trouble. VOLUNTAS, 12(1), 49?66. Vgl. auch Greenle, J., Fischer, M., Gordon, T., & Keating, E. (2007). An investigation of fraud in nonprofit organizations: Occurrences and deterrents. Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly, 36(4), 676?694.

[4 Vgl. Hielscher, Winkin, Crack, Pies (2017): Saving the Moral Capital of NGOs: Identifying One-Sided and Many-Sided Social Dilemmas in NGO Accountability, Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations, 28, 4, 1562?1594, doi:10.1007/s11266-016-9807-z.

Die Autoren



Dr. Stefan Hielscher

Dr. Stefan Hielscher ist Prize Fellow Business & Society an der University of Bath, UK.



Prof. Dr. Ingo Pies

Prof. Dr. Ingo Pies ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg